

Entwurf

Antrag

Initiator*innen: Alexander Kräß (GJ Steglitz-Zehlendorf), Annka Esser (GJ Ost), Emma Unser (GJ Charlottenburg-Wilmersdorf)

Titel: **Autogerechte Stadt endlich überfahren - Kein weiteres Autogroßstraßenprojekt mehr für Berlin!**

Antragstext

1 Konsequenter Klimaschutz in Berlin geht nur, wenn wir die Mobilitätswende
2 wirklich als solche verstehen und nicht als reine Antriebswende. Weder ein
3 reiner Umstieg vom Verbrennungsmotor auf das E-Auto, noch ein stumpfes Labeln
4 von neuen Autotrassen als "Klimaautobahn" bringt Berlin der Klimaneutralität
5 näher.

6 Im letzten Koalitionsvertrag haben sich GRÜNE, SPD und LINKE dazu verpflichtet,
7 den Ausbau der A100 zu stoppen und einen Rückbau der A104 und A103
8 voranzubringen. Eine konsequente Fortführung dieser Politik muss unser Anspruch
9 für eine Regierungsbeteiligung in Berlin sein.

10 **Stadt statt A104 - die Stadt der kurzen Wege Realität werden lassen**

11 Als GRÜNE JUGEND begrüßen wir den von der Senatsverwaltung angekündigten Rückbau
12 der Brücke am Breitenbachplatz - eine Brücke, die den Kiez spaltet statt
13 Verbindungen zu schaffen. Wir dürfen hier jedoch nicht aufhören. Ein wirklicher
14 Mehrwert für die Stadt kann nur geschaffen werden, wenn wir die A104 als Ganzes
15 angehen.

16 Das Konzept "Stadt statt A104" des Architekt*innen- und Ingenieur*innenvereins
17 Berlin (AIV) haben deutlich gemacht, dass ein weitläufiger Rückbau der A104 bis
18 zum Hohenzollerndamm machbar ist: Durch den Rückbau können Kieze beruhigt,

19 Erholungsräume geschaffen und ohne Versiegelung Wohnraum für 10.000 Menschen mit
20 guter Anbindung an U-Bahn, S-Bahn und Busse entstehen.

21 Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist deshalb klar: Nur ein kompletter Rückbau der
22 A104 kann unser Anspruch sein. Wir fordern den Rückbau der Trasse bis zum
23 Hohenzollerndamm und dass bei der Neuplanung der Viertel am Breitenbachplatz und
24 in Charlottenburg-Wilmersdorf die Stadt der kurzen Wege im Zentrum stehen soll.

25 **Raves statt Reifen - A100-Ausbaustopp. Jetzt.**

26 Nur weil sich "Klimautobahn" auf den ersten Blick für Konservative gut liest,
27 ist sie dadurch noch nicht sinnvoll. Wertvollen Wohnraum und die Berliner
28 Clubkultur dem Neubau (und somit Konzepten aus dem letzten Jahrtausend) zu
29 opfern wird weder Klimaschutz schaffen, noch die Mobilität verbessern oder ein
30 anderes Problem in Berlin lösen.

31 Nicht nur schafft neue Infrastruktur für das Auto auch mehr Autoverkehr und
32 Stau: Ein Ausbau (gerade in gedeckelter Form) wird allein durch den verwendeten
33 Stahlbeton zu einer einzigen Klimasünde.

34 Für uns als GRÜNE JUGEND ist deshalb deutlich: Jeder Zentimeter Ausbau Autobahn
35 in Berlin ist einer zu viel. Wir fordern, den Ausbaustopp der A100 als
36 Grundbedingung für jede grüne Regierungsbeteiligung in Berlin.

37 Schon der 16. Bauabschnitt hätte nicht mehr gebaut werden dürfen. Das
38 Verkehrschaos in Alt-Treptow ist bereits jetzt vorprogrammiert. Deshalb sprechen
39 wir uns als GRÜNE JUGEND Berlin gegen die Inbetriebnahme des 16. Bauabschnitts
40 aus. Statt von Autos soll die Fläche von allen Berliner*innen genutzt werden
41 können. Für die Neuentwicklung soll ein repräsentatives Gremium von
42 Berliner*innen eingerichtet werden, dass von Expert*innen begleitet ein Konzept
43 erarbeiten soll.

44 **Ein Neubau ist keine Option - Rückbau der A103 forcieren.**

45 Was sich bei der A104 und am Breitenbachplatz zum Positiven wendet, stagniert an
46 der A103. Die Autobahn vom Rathaus Steglitz bis zum Innsbrucker Platz wird neu
47 asphaltiert, saniert, die Autobahnbrücken zeitnah abgerissen und neu gebaut. Die
48 Autobahn GmbH des Bundes nimmt dabei weder auf die Bezirke, noch auf das Land
49 Rücksicht.

50 Rot-Grün-Rot hat sich im letzten Koalitionsvertrag für den Rückbau dieser

51 Autobahn ausgesprochen. Leider sind weder die Bundes-FDP, noch Volker Wissing
52 dafür bekannt, sich um die Anliegen der Regierungen vor Ort zu interessieren.
53 Den Geschäften unter der Autobahn wurde gekündigt, die Brücke wird abgestützt
54 und ein Neubau der A103 steht kurz bevor.

55 Als GRÜNE JUGEND fordern wir, dass sich die GRÜNEN bei einer
56 Regierungsbeteiligung dafür starkmachen, dass der Rückbau zu Stadtstraßen der
57 Sanierung von Autobahnen vorgezogen wird. Es gibt kein Recht, bequeme Mobilität
58 mit dem Auto auf Kosten der Anlieger*innen zu genießen. Wir fordern, dass
59 Baumaßnahmen an Autobahnen immer nur mit Beteiligung der Anlieger*innen
60 stattfinden.

61 **Ortsumfahrung Malchow verhindern!**

62 Mit der Ortsumfahrung (OU) Malchow startet aktuell die Planung einer weiteren
63 Autoschnellstraße. Verantwortlich hierfür ist der Bund. Die Tasse würde Mitten
64 durch geschützte Feuchtgebiete mit Erholungswert für die Berliner*innen führen
65 und somit diese zerstören.

66 Moore haben einen wichtigen Beitrag für den Erhalt unserer Lebensgrundlage und
67 dürfen nicht mehr für Beton weichen! Als GRÜNE JUGEND Berlin fordern wir die
68 Bundesregierung auf, die OU Malchow aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen.

69 **Ausbau der Schiene und Radschnellwegen statt veralteter Autostraße durch die** 70 **Wuhlheide!**

71 Zwischen Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf soll die Landesstraße
72 Tangentiale Verbindung Ost (TV0) gebaut werden. Noch in der DDR wurde die Straße
73 geplant, um eine bessere Anbindung für Gewerbegebiete wie in Schöneweide oder
74 Adlershof zu schaffen.

75 Aufgestachelt von der Autopartei CDU, leider auch gemeinsam mit Politiker*innen
76 von SPD und Linke, sprechen sich laute Anwohner*innen vor allem in Marzahn-
77 Hellersdorf für den schnellen Bau der TV0 aus. Ihnen wird versprochen, dass
78 durch eine größere Straße der Durchgangsverkehr und damit auch die Staus aus
79 kleinen Straßen in ihrem Kiez verdrängt werden sollen. Wie das Adlergestell -
80 die längste Autostraße Berlins - gut zeigt, führt der Ausbau von
81 Autoinfrastruktur nie zu weniger Autoverkehr. Hier wurde ebenfalls Entlastung
82 versprochen, die zum wiederholten Mal nicht eintrat. Dazu kommt, dass die TV0
83 zusammen mit der Ortsumfahrung (OU) Ahrensfelde eine Abkürzung zum BER bringen
84 würde, was überregionalen Durchfahrtsverkehr anziehen könnte.

85 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir nicht zulassen, dass eine weitere
86 klimaschädliche Autostraße 15 Hektar der Wuhlheide vernichtet. Statt immer
87 weiter auf das Auto zu setzen, haben die Menschen in Treptow-Köpenick, Marzahn-
88 Hellersdorf und Lichtenberg eine zuverlässige, sichere, leise, klimafreundliche,
89 bequeme und saubere Mobilität verdient. Nicht die TVO bringt Entlastung des
90 lauten, stinkigen Autoverkehrs, sondern autoarme Kiezblocks sowie der Ausbau von
91 ÖPNV und Radinfrastruktur. Wir setzen uns deshalb für den schnellstmöglichen Bau
92 der Nahverkehrstangente sowie des Radschnellweges ein. Es kann nicht sein, dass
93 Autostraßen weiter vor klimafreundlicher Mobilität bevorzugt werden!

94 Als GRÜNE JUGEND Berlin solidarisieren wir uns mit tatkräftigen
95 Klimaaktivist*innen und Anwohner*innen, die sich gegen den Bau von neuen
96 Autostraßenprojekten einsetzen.

97 Ein Berlin für Menschen statt Autos ist möglich, wir kämpfen weiter dafür!

Begründung

Erfolgt mündlich

A1

Antrag

Initiator*innen: Hans Christian Brakebusch (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **13% der Wähler*innen in Berlin wurde die politische Teilhabe durch die 5% Hürde verweigert**

Antragstext

1 Wir sollten in Berlin für eine Wahlrechtsreform einsetzen, die die 5% Hürde
2 entweder abschafft, oder durch eine Ersatzstimme entschärft. Das ist unsere
3 Pflicht als demokratische Partei.

Begründung

Bei der Wiederholungswahl wurden mehr als 13% der Wähler*innen ihrer politischen Teilhabe durch die 5% Hürde beraubt. Die Grünen sollten sich als demokratische Partei unabhängig von eigenen Interessen für mehr Demokratie und Gerechtigkeit stark machen, gerade in Zeiten von starker Unzufriedenheit mit der Regierung in Berlin. Es ist nicht verantwortbar, dass 13% der Wähler*innen trotz gang zur Urne wie Nichtwähler behandelt werden, das befeuert die Wahlverdrossenheit nur noch mehr und schadet durch Abwanderung an die Klimaliste und Tierschutzpartei, etc. auch den Interessen unserer eigenen Partei.

A2

Antrag

Initiator*innen: Luna Afra Evans (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Volle Solidarität mit den Streikenden!**

Antragstext

1 Gerade gehen viele Beschäftigte in den Arbeitskampf. Das heißt, dass viele
2 streiken und ihre Arbeit kollektiv niederlegen, um ihren Forderungen nach
3 höherer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen Druck zu verleihen. Ohne die
4 Streiks der Geschichte hätten wir keine Verträge, keine Arbeitszeitregelungen,
5 keine Urlaubstage, keine Bezahlung bei Krankheit. Während
6 Arbeitgeber*innenverbände und andere neoliberale Kräfte der Mehrheit der
7 Gesellschaft einreden wollen, sie sollten die wöchentlichen Arbeitsstunden
8 erhöhen, kämpfen wir für höhere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und
9 weniger Arbeitszeit, z.B. in Form einer 4-Tage-Woche.

10 Besonders in Zeiten von Krisen und Pandemie ist es umso wichtiger, dass wir uns
11 an die Seite derer stellen, die die Krise wortwörtlich auf ihren Rücken tragen.

12 Dazu gehören beispielsweise die Beschäftigten der Post, die für 15% mehr
13 Bezahlung kämpfen.

14 Dazu gehören die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die eine Lohnerhöhung
15 von 10,5% fordern.

16 Dazu gehören die Beschäftigten bei Lieferando, die sichere Tarifverträge
17 brauchen.

18 Dazu gehören die studentischen Hilfskräfte an Universitäten, die für eine
19 Verbesserung der Arbeitsbedingungen streiten.

20 Und noch so viele mehr!

21 Als Grüne Jugend Berlin unterstützen wir die Streikenden bei ihrem Arbeitskampf,
22 bspw. in dem wir mit auf Streikdemos anwesend sind, in dem wir uns über
23 arbeitspolitische Themen bilden und ein Sprachrohr für die Arbeiter*innenklasse
24 sind. Denn Arbeit betrifft uns alle: Egal ob Beschäftigte*r, Student*in oder
25 Schüler*in.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin (dort beschlossen am: 25.02.2023)

Titel: Whose Streets - Our Streets!

Antragstext

1 2022 war ein politisch turbulentes Jahr.

2 Auf einen Wahlkampf 2021 folgte eine Grüne Regierungsbeteiligung im Bund und
3 eine Fortsetzung von Rot-Grün-Rot in Berlin. Die selbsternannte
4 Fortschrittskoalition des Bundes entpuppte sich bereits im Koalitionsvertrag als
5 Kompromisskoalition. Während Kompromisse in der Politik ein wichtiges Mittel
6 sein können, sind die der Ampel welche, die vor allem zu Lasten der Ärmsten und
7 zu Lasten der Jugend gingen. Kompromisse im Klimaschutz, obwohl wir uns hier
8 keine Abstriche leisten können. Kompromisse im Bürgergeld, die für viele
9 weiterhin das Leben zum Luxus erklären. Wir brauchen strukturelle Veränderung
10 und eine grüne Handschrift, anstelle von neoliberalen Blockaden von Lindner.

11 2022 war nicht nur innerhalb der Bundesregierung ein forderndes Jahr.

12 Erst vor kurzem jährte sich die neue Dimension des Angriffskrieges Russlands auf
13 die Ukraine. Ein Krieg auf Wunsch von Putins Regime, der die
14 sicherheitspolitischen Gegebenheiten der letzten Jahrzehnte über den Haufen wirft
15 und Menschen weltweit eines sicheren Lebens beraubt hat. Zig tausende Menschen
16 wurden zur Flucht gezwungen, mussten ihr Zuhause verlassen und weit weg
17 Sicherheit aufsuchen. Die Strukturen zur Aufnahme von flüchtenden Menschen
18 funktionierten sehr viel besser als 2015, aber von einem guten und vor allem
19 angemessenen Umgang mit flüchtenden Menschen sind wir noch weit entfernt. Auch
20 unter einer Grünen Regierungsbeteiligung sind die Grenzen nicht offen für ede*n
21 und keine Besserung ist in Sicht.

22 Auch im Klimaschutz sieht es düster aus.

23 Ein grüner Bundes-Wirtschaftsminister vertritt zusammen mit einer grünen NRW-
24 Wirtschaftsministerin, überraschenderweise: Wirtschaftsinteressen.

25 Gegen die Vernunft, gegen die Wissenschaft und gegen den Willen der Gesellschaft
26 werden überflüssige Tonnen an Kohle aus dem Boden geholt und der
27 Lebensmittelpunkt von Menschen abgebaggert.

28 Unter Lützerath liegt die 1,5 Grad Grenze. Deswegen war es für uns umso
29 unmöglicher, diesen Kompromiss als Erfolg zu verstehen. Viele von uns waren
30 erschüttert, ein Gefühl der Ohnmacht hat sich breitgemacht. Aber für uns ist
31 klar - jetzt erst recht für grüne Grundwerte einsetzen! Jetzt erst recht laut
32 sein. Jetzt erst recht die Stimmen der Partei unterstützen, die sich konsequent
33 einsetzen, die kritisch sind, die eine bessere Zukunft für alle bauen wollen,
34 und nicht nur für Konzerne.

35 Und das haben wir getan.

36 Immer, wenn eine Grüne Regierung diese nicht verteidigt, werden wir es tun.
37 Dafür standen wir und stehen wir Seite an Seite mit Aktivist*innen der
38 Klimagerechtigkeitsbewegung. Wir haben noch einmal ganz ausdrücklich gesehen und
39 gelernt, dass wir nur zusammen stark sind. Unser politischer Hebel, explizit
40 gegenüber den Grünen, ist gerade dann besonders stark, wenn wir uns für klare
41 Inhalte und Forderungen gesamtgesellschaftlich verbünden.

42 Auch im Wahlkampf wurde ersichtlich, dass durch unsere eigene Kampagne und das
43 Voranstellen von Inhalten wir unser Wissen gestärkt haben: Egal ob bei Deutsche
44 Wohnen & Co enteignen, Berlin Klimaneutral 2030 oder dem Stopp der A100. Wir
45 erkämpfen linke und grüne Politik von der Straße her in die Parlamente.

46 Die Geschichte zeigt: Rechte wurden nicht einfach erbeten, sie wurden erkämpft.
47 Während gerade die letzten Monate enorme Belastungen für jede*n Einzelne*n von
48 uns im Individuellen bedeuteten, wurde deutlicher den je, dass die grundlegenden
49 Probleme strukturell sind und systematisch angegangen werden müssen .

50 Das hat eben auch gezeigt, wie wichtig es ist, Seite an Seite von
51 Bündnispartner*innen und Gewerkschaften zu stehen. Zusammen mit Genug ist Genug
52 kämpfen wir für echte Entlastungen. Schulter an Schulter mit den Streikenden im
53 öffentlichen Dienst (TVÖD) kämpfen wir für die faire Bezahlung von Studentischen
54 Hilfskräften bis zur Stadtreinigung. Und auf der Straße unterstützen wir die
55 Streiks der Gewerkschaften bei allen Tarifrunden der nächsten Zeit. Denn für uns

56 ist klar: Kämpfe können nicht alleine gewonnen, Ziele nur gemeinsam erreicht
57 werden.

58 Und Kämpfe gibt es genug.

59 Erst am 15. Februar wurde am Kotti die unnötige, 3,7 Mio Euro teure Polizeiwache
60 eröffnet, die Niemandem, außer den Interessen von Innensenatorin Iris Spranger
61 nützt. Berlinweit werden linke Freiräume, egal ob Jugendzentren oder
62 Hausprojekte, verdrängt, während Leerstand die lukrativste Nutzung von Wohnraum
63 bleibt. Vonovia, Heimstaden, Signa & Co machen aus unserem Wohnraum das Spiel
64 mit der Miete und die Politik schaut dabei zu.

65 Als GRÜNE JUGEND Berlin kommt uns eine besondere Rolle zu. Wir sind auf der
66 Straße präsent, gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen lautstark für eine
67 bessere Zukunft - und wir tragen die Forderungen direkt in die Politik. Über
68 unsere Mitglieder in die Partei und unsere Abgeordneten ins Parlament.

69 Als unabhängige Parteijugend nutzen wir unseren besonderen Hebel, um strategisch
70 und klug für eine linke Programmatik bei den Grünen Berlin zu streiten. So
71 werden wir unserer Rolle in der politischen Linken gerecht. Und so werden wir
72 auch in der Partei als politische Kraft ernstgenommen. Wenn wir nicht nur auf
73 Parteipolitik reagieren, sondern zeigen, dass wir unabhängig mit stabilen
74 Bündnissen zu konkreten Forderungen aktiv sind. Gleichzeitig stärkt es auch uns
75 im Verband, wenn wir unsere individuellen Erfahrungen und Stärken entfalten, uns
76 an Bewegungen beteiligen und unsere Erfahrungen, Learnings und Strategien in den
77 Verband hereintragen. Wir

78 Deswegen werden wir diesen Sommer verstärkt den Fokus auf Bündnisarbeit legen.
79 Unser Sommer wird aktivistisch, unser Sommer wird radikal, unser Sommer wird
80 links.

81 Gemeinsam stoppen wir die A100 und jede weitere Autobahnfantasie.

82 Gemeinsam enteignen wir Deutsche Wohnen, Vonovia und jede weitere unsoziale
83 Immobilienfirma.

84 Gemeinsam machen wir Berlin bis 2030 klimaneutral.

85 "Bildet Banden" ist für uns kein Symbolspruch, wir werden ihn leben.
86 Bündnisarbeit ist dabei aber keine Aufgabe von Wenigen oder von Vorständen. Wir
87 werden Bündnisarbeit in die Basis holen und Jeder*m die Mittel und das Wissen an

88 die Hand geben, den eigenen Kiez zusammen mit Initiativen & Zivilgesellschaft zu
89 verbessern.

90 2023 wird ein politisch turbulentes Jahr.

91 Aber wir werden gewappnet sein. Mit Workshops und Bildungsarbeit befähigen wir
92 jede Bezirksgruppe zur Bündnisarbeit.

93 Unsere Kampagne hat uns gelehrt, wie wir Menschen auf der Straße erreichen,
94 jetzt erreichen wir die ganze Stadt, denn Whose Streets? Our Streets! Holen wir
95 linke Politik auf die Straße, egal ob in Marzahn oder im Grunewald!

96 Dafür brauchen wir jede*n Einzelne*n. Wir bringen alle individuelle Stärken und
97 Fähigkeiten mit an den Tisch. Lasst sie uns teilen und multiplizieren, denn für
98 uns ist klar: Kämpfe können nicht allein gewonnen, Ziele nur gemeinsam erreicht
99 werden.

Antrag

Initiator*innen: Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit und das
Fachforum Bildung (dort beschlossen am: 19.12.2022)

Titel: **Berliner Schüler*innen endlich psychisch
entlasten!**

Antragstext

1 Jedes fünfte Schulkind in Deutschland leidet an psychischen Schwierigkeiten,
2 nicht einmal die Hälfte davon erhält die notwendige Unterstützung. Diese Zahlen
3 gehen aus der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland
4 (2014-17) des Robert-Koch-Instituts hervor. Das Schul- und Ausbildungssystem,
5 sowie der ihm immanente Leitungsdruck ist oftmals ein erheblicher Faktor für das
6 Entstehen psychischer Erkrankungen. Gleichzeitig bietet der Ort Schule aber auch
7 das Potential Anlaufstelle für junge Menschen zu sein, sowie durch
8 Aufklärungsarbeit, einen selbstverständlichen Umgang mit dem Thema und die
9 Verfügbarkeit von Hilfsangeboten, gegen das gesamtgesellschaftliche Stigma
10 psychischer Erkrankungen zu wirken und jungen Menschen von Beginn an
11 beizubringen, was psychische Erkrankungen sind, wo sie Hilfe finden und wie sie
12 ihre Freund*innen unterstützen können. Darüber hinaus sollen Schüler*innen
13 präventiv lernen, wie sie sich um ihr psychologisches Wohlbefinden kümmern und
14 Selbstfürsorge üben können. Um diesem Ziel gerecht zu werden, müssen im Berliner
15 Schulsystem vielfältige Veränderungen unternommen werden.

16 Weiterhin soll in der Schule über psychische Erkrankungen, professionelle
17 Anlaufstellen und weitere Hilfsangebote sowie psychische Gesundheit und das
18 psychologische Wohlbefinden aufgeklärt werden. Damit dies möglich ist, sollen
19 Inhalte zu psychischer Gesundheit im Lehramtsstudium verpflichtend werden. Die
20 angehenden Lehrkräfte werden hierdurch für die psychische Gesundheit ihrer
21 Schüler*innen sensibilisiert, können typische Anzeichen von psychischen
22 Erkrankungen erkennen und sich dann professionelle Unterstützung suchen. Auch in
23 die Ausbildung von Erzieher*innen soll das Thema aufgenommen und bereits in der

24 Kita über Themen wie Mobbing aufgeklärt werden. Das Thema psychische Gesundheit
25 soll weiterhin in die Lehrpläne Berliner Schulen aufgenommen werden. Darüber
26 hinaus sollen Aufklärungsangebote externer Organisationen die Rahmen der
27 Unterrichtszeit stattfinden ausgebaut werden und selbstverständlicher und
28 regelmäßiger Bestandteil der Schullaufbahn werden. Weiterhin sollen alle Schulen
29 niedrigschwellig Informationsmaterial über bestehende Hilfsangebote zur
30 Verfügung stellen. Über die Hilfsangebote sollte das gesamte Schulpersonal
31 Bescheid wissen, um im akuten Fall an sie verweisen zu können. Dazu sollen
32 regelmäßig Schulungen stattfinden.

33 Jede Schule sollte über mindestens ein*e Schulpsycholog*in und verfügen, welche
34 eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Schüler*innen darstellen soll, bis diese
35 die Möglichkeit haben, einen langfristigen Therapieplatz anzunehmen. Weiterhin
36 soll jede Schule über mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in verfügen, die
37 Anzahl soll sich hierbei proportional an der Anzahl der Schüler*innen einer
38 Schule bemessen.

Antrag

Initiator*innen: Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit (dort beschlossen am: 06.02.2023)

Titel: Psychische Gesundheitsversorgung in Berlin endlich angehen!

Antragstext

1 Junge Menschen leiden besonders unter den multiplen Krisen unserer Zeit. Durch
2 die Coronapandemie wurden die Perspektiven junger Menschen massiv eingeschränkt.
3 Gleichzeitig löst die immer weiter eskalierende Klimakrise gerade bei jungen
4 Menschen Zukunftsängste und Sorgen aus. Studien zeigen, dass besonders junge
5 Menschen häufig unter psychischen Erkrankungen leiden, etwa ein Fünftel der
6 Menschen zwischen 15 und 25 Jahren ist von einer psychischen Erkrankung
7 betroffen. Durch die Pandemie ist dieser Wert sogar noch gestiegen. Wie groß die
8 Not Betroffener werden kann, zeigen die folgenden, furchtbaren Zahlen.
9 Die häufigste Todesursache von Menschen zwischen 15 und 25 Jahren ist nach wie
10 vor Suizid, die Krisen der letzten Jahre haben psychische Erkrankungen massiv
11 verschärft und die Anzahl der Suizide mehr als verdoppelt. Dennoch ist die
12 Gesundheitsversorgung in diesem Bereich höchst prekär, nicht selten warten
13 Menschen, die die Kraft gefunden haben, sich Hilfe zu suchen, monatelang auf
14 einen ambulanten Therapieplatz. Auch stationäre Angebote sind strukturell
15 überlastet und unterversorgt. Das hat zur Folge, dass junge Menschen teilweise
16 ein Jahr auf einen Platz warten müssen.

17 Diese Umstände sind nicht hinnehmbar. Wir müssen psychiatrische Krankenhäuser
18 und Einrichtungen in Berlin personell und finanziell besser ausstatten, sodass
19 eine qualitative Behandlung und verfügbare Kapazitäten sichergestellt werden.
20 Ein Ansatzpunkt, um dies zu erreichen, ist auch die Abschaffung der Abrechnung
21 über Fallpauschalen, welche in vielen Fällen eine bedarfsgerechte Behandlung
22 behindert. Ein weiterer Baustein für eine bessere Versorgung von Menschen mit
23 psychischen Erkrankungen ist zudem eine massive Ausweitung der Kassensitze.

24 Dafür muss sich Berlin auch auf Bundesebene einsetzen. Der Ausbau der Angebote
25 soll auch weitere Therapieformen abseits von Verhaltenstherapie abbilden. Um die
26 bereits begonnene positive Entwicklung in diesem Bereich zu stärken, brauchen
27 wir eine entsprechend vielfältige Lehre. Die Ausbildung für Psychotherapie muss
28 kostenlos sein, damit die Möglichkeit Therapeut*in zu werden nicht mehr vom
29 Geldbeutel der Eltern abhängt.

30 Gesellschaftliche Stigmata über psychische Erkrankungen sind allgegenwärtig und
31 hindern Betroffene daran, die Hilfe zu erhalten, die sie benötigen. Aufklärung
32 über psychische Erkrankungen und Wissen über bestehende Hilfsangebote sind daher
33 essentiell. Das Land Berlin soll hierfür Strategien entwickeln und
34 öffentlichkeitswirksame Kampagnen planen. Ein Ort hierfür könnte auch der
35 öffentlich- rechtliche Rundfunk sein. Neben aufklärenden Bildungsangeboten ist
36 hierbei auch das Anbieten positiver Identifikationsfiguren von Bedeutung. Auch
37 in den schulischen Raum und die Lehrpläne sollen Inhalte und Aufklärung
38 integriert werden, hierbei können externe Aufklärungsprojekte in der
39 Unterrichtszeit eine wichtige Rolle spielen. Um Menschen eine niedrigschwellige
40 Anlaufstelle anzubieten, soll in Berlin eine zentrale Beratungsstelle, welche
41 rund um die Uhr Hilfesuchende berät und an die bestehenden Behandlungsstrukturen
42 vermittelt, eingerichtet werden.

43 Wie körperliche Erkrankungen dürfen auch psychische Erkrankungen nicht zu
44 Diskriminierung und Benachteiligung führen. Psychische Erkrankungen dürfen kein
45 Kriterium bei der Einstellung, oder der Verbeamtung sein. Parallel zu Erste
46 Hilfe Beauftragten sollen in Unternehmen ab einer gewissen Größe auch geschulte
47 Beauftragte für psychische Erste Hilfe eingerichtet werden. Berufsständische
48 Körperschaften sollen angehalten werden über Stigmata zu psychischen
49 Erkrankungen aufzuklären, Inhalte zu psychischer Gesundheit in den
50 Berufsschullehrplan zu integrieren, sowie Fortbildungen in die

Antrag

Initiator*innen: GJ Tempelhof-Schöneberg (dort beschlossen am: 24.02.2023)

Titel: **Demokratie braucht starken Journalismus.
Starker Journalismus braucht gute Ausbildung.**

Antragstext

1 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir, dass das Land Berlin nachhaltig
2 journalistische Ausbildungen unabhängig von kapitalistischen Unternehmen
3 fördert. Dabei ist zentral, dass es eine angemessene Ausbildungsvergütung gibt,
4 die ein selbstständiges Leben in Berlin ermöglicht. Gleichzeitig sollte eine
5 öffentlich geförderte Ausbildung auf die Diversität der Volontär*innen achten
6 und so vielfältige Perspektiven im weissen, akademisch geprägten Journalismus
7 stärken.

Begründung

Als Teil seiner Sparmaßnahmen hat der RBB angekündigt, auch an der Ausbildung des journalistischen Nachwuchses zu sparen. In diesem Jahr sollen an der Electronic Media School, an der der RBB 100 Prozent der Gesellschaftsanteile hält, lediglich acht statt 16 Volontär*innen ausgebildet werden. Das ist besonders bedauernd, weil dieses Volontariat explizit marginalisierte Personen anspricht, was in der journalistischen Ausbildung selten ist. Wobei ein Volontariat häufig die Eintrittskarte für Journalist*innen ist, gerade wenn sie Führungspositionen anstreben.

Unabhängiger Journalismus, der auf diverse Perspektiven setzt, ist in einer Mediendemokratie unerlässlich. Beispielsweise um das Tagesgeschehen für ein breites Publikum und unterschiedliche Plattformen aufzuarbeiten. Gleichzeitig bleiben viele Themen und Stimmen aktuell ungehört, weil sie außerhalb einer universitären, mittel- oder Oberschichtsgeprägten Lebensrealität stattfinden. Aus diesem Grund und durch die zunehmende Prekarisierung des Journalismuses ist die angemessene Bezahlung im Volontariat ebenfalls unerlässlich.

Antrag

Initiator*innen: Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

Titel: Teilhabe in der Grünen Jugend Berlin fördern

Antragstext

1 **Teilhabe ist Menschenrecht.** Weil wir als Grüne Jugend Berlin genau dafür stehen
2 wollen, müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie unsere Verbandsstrukturen
3 inklusiv gestaltet werden können. Denn zu Barrierefreiheit gehört mehr als
4 Veranstaltungen rollstuhlgerecht zugänglich zu machen.

5 Teilhabe kann nur ermöglicht werden, wenn die unterschiedlichen Facetten von
6 Behinderung mitbedacht werden. Dazu gehören alle **"Menschen, die langfristige
7 körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie
8 in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und
9 gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können."** (UN-
10 **Behindertenrechtskonvention**)

11 Damit unser Verband aktiv politische Teilhabe von behinderten Menschen fördern
12 kann, brauchen wir ein Konzept für unsere Veranstaltungen aber auch unsere
13 Arbeit in Gremien, Arbeitsgruppen, Fachforen und Ortsgruppen.

14 Besonders wichtig ist dabei, dass die **Expertise von betroffenen Personen**
15 eingeholt wird und sie an jedem Schritt der Konzeption und Umsetzung beteiligt
16 sind.

17 **Dieser Prozess soll durch den Landesvorstand koordiniert und innerhalb einer
18 Arbeitsgruppe geplant werden. Ziel der Arbeitsgruppe ist ein Konzept für
19 Teilhabe im Verband auf allen Strukturebenen zu erarbeiten und dessen Umsetzung
20 zu begleiten.**

Antrag

Initiator*innen: Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)

Titel: **Schulgesundheitspflege implementieren -
Gesundheitsversorgung und Inklusion in
Berlins Schulen sichern**

Antragstext

1 Wer gut lernen will, muss sich wohl fühlen. Adäquate Gesundheitsversorgung ist
2 ein ausschlaggebender Faktor für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen.
3 Dennoch ist das Thema Gesundheit in Schulen unterrepräsentiert. Obwohl klar ist,
4 dass gute Gesundheitsversorgung und Bildungserfolg direkt zusammenhängen, gibt
5 es aktuell keine Gesundheitsfachpersonen in Berliner Schulen, die die
6 Gesundheitsversorgung koordinieren. Das führt nicht nur dazu, dass
7 Gesundheitsbedarfe von Schüler*innen übersehen werden, sondern es bedeutet auch
8 die aktive Exklusion von Kindern, die chronische Krankheiten oder eine
9 Behinderung haben.

10 International ist der Einsatz von School Health Nurses (kurz School Nurses
11 /Schulgesundheitspflegerinnen und -pflegern) üblich und bewährt. Als
12 spezialisierte Pflegefachpersonen übernehmen sie an Grund- und weiterführenden
13 Schulen die Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention.

14 In Deutschland gab es bereits ein Modellprojekt in 3 Bundesländern, welches
15 erfolgreich Schulgesundheitsfachpersonen in Schulen integriert hat. Auch in
16 Lichtenberg wurde bereits ein Projektversuch gestartet.

17 Zu den Aufgaben gehören:

- 18 • Erste Hilfe im Notfall

- 19 • Hilfe bei akuten Erkrankungen und Betreuung bis Schulschluss bzw. Abholung
- 20 • Förderung der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung
- 21 • pflegerische Unterstützung von chronisch kranken oder behinderten Kindern
22 und Jugendlichen
- 23 • regelmäßige Untersuchungen zur Feststellung und Kontrolle des
24 gesundheitlichen Zustands der Kinder und Jugendlichen
- 25 • Beratungs- und Informationsgespräche sowie Schulungen für Kinder und
26 Jugendliche, Eltern, Lehrer/innen sowie Durchführung präventiver Maßnahmen
27 (wie z.B. Impfprogramme)
- 28 • Unterricht zu Gesundheitsthemen (wie Alkoholkonsum und Rauchen,
29 Sexualität, HIV/AIDS-Prävention, Unfallvermeidung, Ernährung, Bewegung
30 oder auch zu speziellen Erkrankungen)
- 31 • Überwachung von kindgerechten und gesunden Mahlzeiten in der Schule
- 32 • Mitwirkung bei der Gestaltung des Schulhofs und der Gestaltung einer
33 gesunden schulischen Umgebung wie z.B. der Sicherheit auf dem Schulweg,
34 der Unfallvermeidung und bei Maßnahmen gegen Lärm- und Umweltverschmutzung
- 35 • Identifizierung, Unterstützung und Beratung von Schüler/innen, deren
36 Gesundheit gefährdet ist, z.B. Kinder mit Erfahrungen von Missbrauch oder
37 häuslicher Vernachlässigung oder Kinder, die ihre Eltern pflegen und/oder
38 psychisch kranke Eltern haben
- 39 • Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit chronischer Erkrankung oder
40 Behinderung und bei Bedarf auch Information der Klasse zu den Erkrankungen
41 von Mitschüler/innen
- 42 • Wissenvermittlung zu speziellen Gesundheitsthemen an Schüler/innen und
43 Anleitung zur Umsetzung

44 Allerdings ist es essentiell, dass die Implementierung einer neuen Berufsgruppe
45 mit wissenschaftlicher Begleitung erfolgt, damit sowohl die Ausgangslage in den
46 Schulen als auch unterschiedliche Bedarfe ermittelt werden können. Gleichzeitig
47 ist es wichtig zukünftige Schulgesundheitspflegefachpersonen auszubilden. Denn
48 die konkreten Fähigkeiten für dieses Berufsfeld werden noch nicht in der

49 Ausbildung erlernt. So wurde bspw in den Modellprojekten in anderen
50 Bundesländern ein Curriculum erarbeitet im Umfang von 720 Unterrichtseinheiten
51 Theorie sowie 930 Stunden angeleiteter selbstständiger Praxis.

52 Die Erfolge der Modelprojekte zeigen, dass Schulgesundheitspflege eine Lücke in
53 der schulischen Gesundheitsversorgung schließt. Besonders durch die Corona
54 Pandemie ist klar geworden, dass der Standort Schule in der Öffentlichen
55 Gesundheitsförderung bisher noch zu wenig mitbedacht wird. Zusätzlich sind die
56 Gesundheitsbedarfe von Schüler*innen durch die Pandemie drastisch gestiegen.

57 **Deshalb fordern wir als Grüne Jugend Berlin, dass berlinweit und durch das Land**
58 **Berlin finanziert, Schulgesundheitsfachkräfte ausgebildet und in Schulen**
59 **eingesetzt werden. Die Implementierung muss mit wissenschaftlicher Begleitung**
60 **und unter Einbeziehen aller relevanten Akteure der Praxis erfolgen.**

A10

Antrag

Initiator*innen: Alexander Kräß (GJ Steglitz-Zehlendorf), Annka Esser (GJ Ost), Sebastian Alpen (GJ Steglitz-Zehlendorf), Emma Unser (GJ Charlottenburg-Wilmersdorf)

Titel: **Autogerechte Stadt endlich überfahren - Kein weiteres Autogroßstraßenprojekt mehr für Berlin!**

Antragstext

1 Konsequenter Klimaschutz in Berlin geht nur, wenn wir die Mobilitätswende
2 wirklich als solche verstehen und nicht als reine Antriebswende. Weder ein
3 reiner Umstieg vom Verbrennungsmotor auf das E-Auto, noch ein stumpfes Labeln
4 von neuen Autotrassen als "Klimautobahn" bringt Berlin der Klimaneutralität
5 näher.

6 Im letzten Koalitionsvertrag haben sich GRÜNE, SPD und LINKE dazu verpflichtet,
7 den Ausbau der A100 zu stoppen und einen Rückbau der A104 und A103
8 voranzubringen. Eine konsequente Fortführung dieser Politik muss unser Anspruch
9 für eine Regierungsbeteiligung in Berlin sein.

10 Stadt statt A104 - die Stadt der kurzen Wege Realität werden lassen

11 Als GRÜNE JUGEND begrüßen wir den von der Senatsverwaltung angekündigten Rückbau
12 der Brücke am Breitenbachplatz - eine Brücke, die den Kiez spaltet statt
13 Verbindungen zu schaffen. Wir dürfen hier jedoch nicht aufhören. Ein wirklicher
14 Mehrwert für die Stadt kann nur geschaffen werden, wenn wir die A104 als Ganzes
15 angehen.

16 Das Konzept "Stadt statt A104" des Architekt*innen- und Ingenieur*innenvereins
17 Berlin (AIV) haben deutlich gemacht, dass ein weitläufiger Rückbau der A104 bis

18 zum Hohenzollerndamm machbar ist: Durch den Rückbau können Kieze beruhigt,
19 Erholungsräume geschaffen und ohne Versiegelung Wohnraum für 10.000 Menschen mit
20 guter Anbindung an U-Bahn, S-Bahn und Busse entstehen.

21 Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist deshalb klar: Nur ein kompletter Rückbau der
22 A104 kann unser Anspruch sein. Wir fordern den Rückbau der Trasse bis zum
23 Hohenzollerndamm und dass bei der Neuplanung der Viertel am Breitenbachplatz und
24 in Charlottenburg-Wilmersdorf die Stadt der kurzen Wege im Zentrum stehen soll.

25 **Raves statt Reifen - A100-Ausbaustopp. Jetzt.**

26 Nur weil sich "Klimaautobahn" auf den ersten Blick für Konservative gut liest,
27 ist sie dadurch noch nicht sinnvoll. Wertvollen Wohnraum und die Berliner
28 Clubkultur dem Neubau (und somit Konzepten aus dem letzten Jahrtausend) zu
29 opfern wird weder Klimaschutz schaffen, noch die Mobilität verbessern oder ein
30 anderes Problem in Berlin lösen.

31 Nicht nur schafft neue Infrastruktur für das Auto auch mehr Autoverkehr und
32 Stau: Ein Ausbau (gerade in gedeckelter Form) wird allein durch den verwendeten
33 Stahlbeton zu einer einzigen Klimasünde.

34 Für uns als GRÜNE JUGEND ist deshalb deutlich: Jeder Zentimeter Ausbau Autobahn
35 in Berlin ist einer zu viel. Wir fordern, den Ausbaustopp der A100 als
36 Grundbedingung für jede grüne Regierungsbeteiligung in Berlin.

37 Schon der 16. Bauabschnitt hätte nicht mehr gebaut werden dürfen. Das
38 Verkehrschaos in Alt-Treptow ist bereits jetzt vorprogrammiert. Deshalb sprechen
39 wir uns als GRÜNE JUGEND Berlin gegen die Inbetriebnahme des 16. Bauabschnitts
40 aus. Statt von Autos soll die Fläche von allen Berliner*innen genutzt werden
41 können. Für die Neuentwicklung soll ein repräsentatives Gremium von
42 Berliner*innen eingerichtet werden, dass von Expert*innen begleitet ein Konzept
43 erarbeiten soll.

44 **Ein Neubau ist keine Option - Rückbau der A103 forcieren.**

45 Was sich bei der A104 und am Breitenbachplatz zum Positiven wendet, stagniert an
46 der A103. Die Autobahn vom Rathaus Steglitz bis zum Innsbrucker Platz wird neu
47 asphaltiert, saniert, die Autobahnbrücken zeitnah abgerissen und neu gebaut. Die
48 Autobahn GmbH des Bundes nimmt dabei weder auf die Bezirke, noch auf das Land
49 Rücksicht.

50 Rot-Grün-Rot hat sich im letzten Koalitionsvertrag für den Rückbau dieser
51 Autobahn ausgesprochen. Leider sind weder die Bundes-FDP, noch Volker Wissing
52 dafür bekannt, sich um die Anliegen der Regierungen vor Ort zu interessieren.
53 Den Geschäften unter der Autobahn wurde gekündigt, die Brücke wird abgestützt
54 und ein Neubau der A103 steht kurz bevor.

55 Als GRÜNE JUGEND fordern wir, dass sich die GRÜNEN bei einer
56 Regierungsbeteiligung dafür starkmachen, dass der Rückbau zu Stadtstraßen der
57 Sanierung von Autobahnen vorgezogen wird. Es gibt kein Recht, bequeme Mobilität
58 mit dem Auto auf Kosten der Anlieger*innen zu genießen. Wir fordern, dass
59 Baumaßnahmen an Autobahnen immer nur mit Beteiligung der Anlieger*innen
60 stattfinden.

61 **Ortsumfahrung Malchow verhindern!**

62 Mit der Ortsumfahrung (OU) Malchow startet aktuell die Planung einer weiteren
63 Autoschnellstraße. Verantwortlich hierfür ist der Bund. Die Tasse würde Mitten
64 durch geschützte Feuchtgebiete mit Erholungswert für die Berliner*innen führen
65 und somit diese zerstören.

66 Moore haben einen wichtigen Beitrag für den Erhalt unserer Lebensgrundlage und
67 dürfen nicht mehr für Beton weichen! Als GRÜNE JUGEND Berlin fordern wir die
68 Bundesregierung auf, die OU Malchow aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen.

69 **Ausbau der Schiene und Radschnellwegen statt veralteter Autostraße durch die 70 Wuhlheide!**

71 Zwischen Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf soll die Landesstraße
72 Tangentiale Verbindung Ost (TVO) gebaut werden. Noch in der DDR wurde die Straße
73 geplant, um eine bessere Anbindung für Gewerbegebiete wie in Schöneweide oder
74 Adlershof zu schaffen.

75 Aufgestachelt von der Autopartei CDU, leider auch gemeinsam mit Politiker*innen
76 von SPD und Linke, sprechen sich laute Anwohner*innen vor allem in Marzahn-
77 Hellersdorf für den schnellen Bau der TVO aus. Ihnen wird versprochen, dass
78 durch eine größere Straße der Durchgangsverkehr und damit auch die Staus aus
79 kleinen Straßen in ihrem Kiez verdrängt werden sollen. Wie das Adlergestell -
80 die längste Autostraße Berlins - gut zeigt, führt der Ausbau von
81 Autoinfrastruktur nie zu weniger Autoverkehr. Hier wurde ebenfalls Entlastung
82 versprochen, die zum wiederholten Mal nicht eintrat. Dazu kommt, dass die TVO
83 zusammen mit der Ortsumfahrung (OU) Ahrensfelde eine Abkürzung zum BER bringen
84 würde, was überregionalen Durchfahrtsverkehr anziehen könnte.

85 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir nicht zulassen, dass eine weitere
86 klimaschädliche Autostraße 15 Hektar der Wuhlheide vernichtet. Statt immer
87 weiter auf das Auto zu setzen, haben die Menschen in Treptow-Köpenick, Marzahn-
88 Hellersdorf und Lichtenberg eine zuverlässige, sichere, leise, klimafreundliche,
89 bequeme und saubere Mobilität verdient. Nicht die TVO bringt Entlastung des
90 lauten, stinkigen Autoverkehrs, sondern autoarme Kiezblocks sowie der Ausbau von
91 ÖPNV und Radinfrastruktur. Wir setzen uns deshalb für den schnellstmöglichen Bau
92 der Nahverkehrstangente sowie des Radschnellweges ein. Es kann nicht sein, dass
93 Autostraßen weiter vor klimafreundlicher Mobilität bevorzugt werden!

94 Als GRÜNE JUGEND Berlin solidarisieren wir uns mit tatkräftigen
95 Klimaaktivist*innen und Anwohner*innen, die sich gegen den Bau von neuen
96 Autostraßenprojekten einsetzen.

97 Ein Berlin für Menschen statt Autos ist möglich, wir kämpfen weiter dafür!

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Sebastian Alpen (GJ Steglitz-Zehlendorf), Alexander Kräß (GJ Steglitz-Zehlendorf)

Titel: **Außenbezirke bei der Verkehrswende mitnehmen. Radschnellwege, Pedelacs und einen besseren ÖPNV-Takt.**

Antragstext

1 Das Wahlergebnis der Wiederholungswahl hat deutlich gemacht, dass es außerhalb
2 des S-Bahnringes an vielen Stellen Vorbehalte gegen grüne Verkehrspolitik gibt.
3 Das darf uns nicht von Klimaschutz und einer grünen Mobilitätswende abhalten,
4 jedoch zeigt es, dass wir schnelle, attraktive, sichtbare und vor allem
5 passende Angebote für die Außenbezirke schaffen.

6 Die Mobilitätswende in den Außenbezirk schaffen wir dabei vor allem durch den
7 ÖPNV – mit mehr Bussen und Bahnen, mehr Buslinien, mehr Busspuren, höheren
8 Taktungen und neuen S- und U-Bahnverbindungen.

9 Genauso brauchen wir passende und attraktive Radanbindungen, mehr Pop-Up-
10 Bikelanes und Radschnellwege, damit man auch ohne Auto und Bus schnell an sein
11 Ziel kommt.

12 **Besserer ÖPNV für die Außenbezirke**

13 Eine Zukunft ohne Autos, auch in den Außenbezirken ist möglich. Dafür müssen wir
14 neben guten Radwegen weitere Angebote schaffen, die es Menschen freiwillig
15 ermöglichen auf andere klimaneutralere Verkehrsmittel umzusteigen.

16 In den letzten Jahren gab es gerade bei den Bahnen bereits Takterhöhungen. Aber
17 nur die Bahnen verdichten reicht nicht. 20 Minuten auf einen Bus zu warten, der

18 dann auch oft zu spät kommt und einen sicheren Anschluss am Bahnhof erschwert
19 ist keine gute Voraussetzung Menschen zu überzeugen auf den öffentlichen
20 Nahverkehr umzusteigen.

21 Als GRÜNE JUGEND fordern wir, dass die Taktung von Buslinien gerade in den
22 Außenbezirken weiter erhöht werden soll. 10 Minuten muss das Mindestziel für
23 alle Buslinien sein. Wir fordern, dass der Fachkräftemangel durch bessere
24 Bezahlung, mehr Ausbildungsplätze und die Ausdehnung autonomer Bussysteme
25 angegangen wird.

26 Neben dichteren Taktungen braucht es neue Verbindungen. Die Mehrheit der
27 aktuellen Buslinien ist auf das Stadtzentrum ausgerichtet. Wir brauchen aber vor
28 allem auch mehr Mobilität innerhalb der Kieze – mit neuen Verbindungen,
29 Metrobuslinien und Nachtbussen.

30 Das Modellprojekt für Rufbusse in Ostberlin muss möglichst zeitnah auf alle
31 Außenbezirke ausgedehnt werden. Nur so können wir gerade älteren und in der
32 Mobilität eingeschränkten Menschen Teilhabe und Mobilität ermöglichen.

33 Als GRÜNE JUGEND sprechen wir uns dafür aus, den Ausbau von U-, S- und
34 Straßenbahnen in den Außenbezirken voranzubringen. Gerade die Verlängerung von
35 U- und S-Bahnen bietet vielerorts eine deutliche Attraktivität für den Umstieg
36 auf den ÖPNV.

37 **Radverkehr in den Außenbezirken voranbringen - Pedelecs unterstützen.**

38 Gerade in den Außenbezirken bedeutet Radmobilität, längere Strecken zurücklegen
39 zu müssen. Neben einem konsequenten Ausbau der Radinfrastruktur und
40 Radschnellwegen braucht es deshalb auch Angebote, um längere Distanzen
41 bewältigen zu können. Angebote wie Pedelecs und E-Lastenräder können hierbei
42 helfen, mehr Mobilität auch für längere Strecken zu ermöglichen.

43 Insbesondere Studierende, Auszubildende und Menschen, die sich kein Auto leisten
44 können, können durch Pedelecs mehr Mobilität ermöglicht bekommen. Als GRÜNE
45 JUGEND fordern wir deshalb Förderprogramme, welche diesen Gruppen den Kauf von
46 Pedelecs erleichtern. Dadurch können wir Innen- und Außenbezirke mit dem Rad
47 noch besser verbinden.

48 **Auf dem Weg zur autofreien Stadt das private Auto abschaffen**

49 Ein autofreies Berlin muss als GRÜNE JUGEND BERLIN unser Ziel sein. In den

50 letzten Jahren kamen immer mehr Autos in der Stadt dazu, von denen der Großteil
51 den ganzen Tag ungenutzt rumsteht und sich gleichzeitig bei der Parkplatzsuche
52 gegenseitig blockiert. Wir wissen, dass ein Umbau der Mobilität gerade in den
53 Außenbezirken nicht sofort geht. Zu groß ist vielerorts der Zwang zum Auto.

54 Gerade deshalb müssen wir möglichst schnell dafür sorgen, vom privaten Auto
55 wegzukommen: Als GRÜNE JUGEND fordern wir eine sofortige Ausdehnung des
56 Carsharings auf alle Außenbezirken, damit weniger Autos gebraucht werden,
57 Parkplätze effizienter genutzt werden und wir somit flächeneffizienter und
58 ressourcenschonender Mobilität ermöglichen können. Wir fordern, dass die Hälfte
59 aller Parkplätze in den Außenbezirken ausschließlich für Carsharing zur
60 Verfügung gestellt wird und dass bei der Abordnung von Parkplätzen dies vor
61 allem Pkw-Parkplätze für Privat-Pkw betrifft.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Fachforum für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit (dort beschlossen am: 24.02.2023)

Titel: 248 Euro entfernt von einem würdevollen Leben

Antragstext

1 Das Bürgergeld reicht nicht! Wir fordern statt des beschlossenen Regelsatzes von
2 502 Euro einen armutsfesten Regelsatz von 750 Euro je Single sowie die Übernahme
3 der Stromkosten und der Kosten der sogenannten "weißen Ware", also aller
4 notwendigen Haushaltsgeräte. Zudem sollen einmalige Bedarfe nach anfallender
5 Höhe als Sonderbedarfe übernommen werden.

6 Ursprünglich sollte das Bürgergeldgesetz ein würdevolles Leben, mehr Respekt und
7 Leistungsgerechtigkeit ermöglichen. Bundesarbeitsminister Heil spricht sogar von
8 der „größten Sozialstaatsreform seit 20 Jahren“. Die Realität hätte nicht weiter
9 verfehlt werden können. Hierzu führte zum einen der fehlende Mut der
10 Ampelkoalition von Anfang an, eine grundlegende Sozialstaatsreform anzugehen.
11 Verstärkt wurde der Mangel an Ambition nochmals durch die Blockadepolitik der
12 Union. Diese wurde im Vermittlungsausschuss zudem durch die FDP unterstützt und
13 war letztendlich leider in weiten Teilen erfolgreich. So wurde das
14 Vertrauensjahr, als einer der zentralen Aspekte der Reform, ersatzlos gestrichen
15 und das Schonvermögen um ein Drittel auf 40.000€ gekürzt. Wir äußern entschieden
16 Kritik an dieser Entscheidung.

17 Diese verpasste Chance hat zur Folge, dass auch das Bürgergeld als
18 Nachfolgeregelung von Hartz IV keine reale soziale Teilhabe für Menschen
19 ermöglicht, die längerfristig ohne Arbeit sind. Es verwaltet vielmehr weiterhin
20 nur Armut. In der Praxis bedeutet dies, dass Menschen von sozialer, kultureller
21 und folglich auch von politischer Teilhabe ausgeschlossen werden. Das Bürgergeld
22 ist Armut per Gesetz, egal wie man es dreht und wendet, ob es Hartz IV,
23 Arbeitslosengeld II oder Bürgergeld heißt.

24 Nur ein ausgesprochen kleiner Prozentsatz der Bevölkerung, nämlich 6%, geht
25 davon aus, dass ausgewogene und gesunde Ernährung mit dem entsprechenden
26 Regelsatz möglich ist. Schon immer war es schwierig mit den geringen
27 finanziellen Mitteln, die im Arbeitslosengeld II für Ernährung vorgesehen waren,
28 eine gesunde Ernährung zu finanzieren. Aber im vergangenen Jahr hat sich die
29 Situation durch einen deutlichen Preisanstieg bei gesunden Lebensmitteln noch
30 einmal deutlich verschärft. So sind die Preise für Gemüse durchschnittlich um
31 10,7% gestiegen, bei Gurken sogar um 26,2% und bei Tomaten 16,9%. Nicht nur das
32 zeigt: Die Berechnungslogik muss geändert werden. Die Bedarfshöhe muss u.a. auch
33 die erwartete Inflation und die erwarteten Lohnabschlüsse mit einbeziehen.

34 Die Sanktionen stellen ein weiteres Problem des Gesetzes dar. Die Bestrafung als
35 Motivation zu sehen, zeichnet ein Menschenbild, das die GJ Berlin nicht teilt.
36 Sanktionen verfehlen darüber hinaus ihr Ziel, abschreckend zu wirken. Dies
37 belegt eine Langzeitstudie von Sanktionsfrei e.V., die den Effekt von Hartz-IV-
38 Sanktionen auf 585 Teilnehmende untersucht hat.

39 Auch das Bundesverfassungsgericht erklärt Sanktionen für teilweise
40 verfassungswidrig. Eine empirische Grundlage für die Wirkung von Sanktionen
41 liegt außerdem nicht vor. Wie perfide sie sind, zeigt sich vor allem daran, dass
42 sie die Kürzung des gesetzlich festgelegten Existenzminimums fordern. Dieses
43 stellt den Betrag dar, der für ein Leben in Würde notwendig ist. Eine Kürzung
44 würde damit also bewusst ein würdevolles Leben verhindern. Daher lehnen wir
45 Sanktionen grundsätzlich und vollständig ab.

46 Dennoch gilt es festzuhalten, dass einige Punkte des Bürgergeldgesetzes bereits
47 einen Schritt in die richtige Richtung darstellen, so beispielsweise die
48 Freibeträge für Studierende und Schüler*innen, finanzielle Anreize für Bildung
49 und das Jahr Karenzzeit. Jedoch stehen wir nach wie vor am Anfang eines langen
50 Weges, der aber unbedingt und zeitnah gegangen werden muss. Aus diesem Grund
51 gilt es, das Bürgergeld schnellstmöglich weiterzuentwickeln.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag

Initiator*innen: Aron Hävernick (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: Schwarz Grün ist keine Option

Antragstext

1 Bei der Wahlwiederholung am 12. 02. hat die CDU in Berlin 28,2% der abgegebenen
2 Stimmen auf sich vereinen können, damit sind sie stärkste Kraft geworden und
3 leiten daraus jetzt einen Regierungsanspruch ab. Dazu bräuchte die CDU aber
4 entweder die Unterstützung der SPD oder aber die der Grünen.

5 Die CDU hat dieses Jahr einen extrem schmutzigen Wahlkampf betrieben, selbst für
6 CDU Verhältnisse: Kaum bis keine eigenen Inhalte, Angriffe, nicht selten auch
7 persönlicher Art, gegen die anderen Parteien, besonders aber gegen die Grünen
8 und deren Politiker*innen und rechte, rassistische Narrative (Stichwort:
9 Vornamensdebatte). Außerdem hat sich der Bürgermeisterkandidat der CDU, Kai
10 Wegner, in der Vergangenheit hinter Hans-Georg Maaßen gestellt, gegen den, wegen
11 seiner offen rassistischen Äußerungen, inzwischen ein Parteiausschlussverfahren
12 läuft.

13 Eine Koalition mit einer solchen CDU ist aus Sicht der Grünen Jugend Berlin
14 ausgeschlossen. Deswegen:

15 - setzt sich die Grüne Jugend Berlin entschieden für eine Fortsetzung der
16 Regierung mit SPD und Linken ein

17 - wird die Grüne Jugend Berlin an keinen Koalitionsverhandlungen mit der CDU
18 teilnehmen oder diese sonst irgendwie mittragen oder unterstützen

19 - setzt sich die Grüne Jugend Berlin entschieden gegen eine Schwarz-Grüne
20 Koalition ein

Begründung

Es ist wichtig, dass wir als Grüne Jugend Berlin, gerade jetzt nach der Wahl, noch einmal klar Stellung gegen Schwarz-Grün beziehen. Auch wenn unsere Position grundsätzlich klar sein dürfte, so ist es ein wichtiges Zeichen, diese jetzt während der Koalitionsverhandlungen noch einmal klar zu betonen. Mit der CDU lässt sich weder linke noch progressive Politik machen. Eine solche Koalition würde die Glaubwürdigkeit der Grünen bei ihren Wähler*innen und unsere bei unseren Bündnispartnern und innerhalb der Klimabewegung nachhaltig schaden. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die im Wahlkampf wiederholt mit rassistischen Äußerungen aufgefallen ist, muss grundsätzlich ausgeschlossen sein. Mit Schwarz-Grün können wir nur verlieren.

21 Schutz von historischen Fassaden nicht die Sanierung und Erneuerbare Energien
22 blockieren.

23 Da Klimaschutzmaßnahmen langfristig die Erde und damit auch das Denkmal
24 schützen, sind sie vorrangig.

25 Aktuell darf ein Denkmal nur verändert werden, wenn die Denkmalschutzbehörde dem
26 zustimmt. Für Maßnahmen der energetischen Modernisierung und der Erzeugung
27 erneuerbarer Energien soll das umgekehrte gelten: Klimaschutzmaßnahmen sind im
28 Normalfall zulässig. Eine Ausnahme wird allein für besonders schützenswerte
29 Denkmäler eingeführt. Besonders schützenswert sind Denkmäler, deren Erhalt in
30 einem besonders gesteigerten öffentlichen Interesse der Allgemeinheit liegt.
31 Dieses Kriterium darf von den Denkmalbehörden auf höchstens zehn Prozent der
32 bestehenden Denkmäler angewandt werden. Bei diesen besonders schützenswerten
33 Denkmälern sind Klimaschutzmaßnahmen zulässig, es sei denn, die Maßnahme
34 zerstört den innersten Kern dessen, was das Denkmal schutzwürdig macht. Bei
35 allen anderen Denkmälern ist ein Widerspruch der Denkmalbehörden bei
36 Klimaschutzmaßnahmen nicht möglich. Die Vergangenheit bringt uns nichts, wenn
37 wir kein Morgen haben.

38 **Eine Denkmalschutzprüfung im Sinne des Klimaschutzes**

39 Es ist unverständlich, dass klimaschädliche Infrastrukturen wie Autobahnen,
40 Autobahnbrücken, Parkhäuser, versiegelte Flächen und Flughäfen unter
41 Denkmalschutz gestellt werden dürfen. Dadurch zementieren wir nicht nur die
42 autogerechte Stadt, sondern verhindern Klimaschutz und Mobilitätswende.

43 Klimaschädliche Infrastruktur darf nicht weiter unter Schutz stehen. Als GRÜNE
44 JUGEND fordern wir, dass bei der Unterschutzstellung von Objekten auf ihre
45 Klimafreundlichkeit geprüft werden sollen. Genauso fordern wir, dass bereits
46 unter Denkmalschutz stehende klimaschädliche Infrastruktur ihren Schutz
47 verliert.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: Berlin Klimaneutral 2030 Ist Möglich!

Antragstext

1 Mit dem Volksentscheid Berlin Klimaneutral 2030 hat die zivilgesellschaftliche
2 Bewegung Klimaneustart gezeigt, dass es in Berlin politisches Willen von seitens
3 der Bevölkerung gibt, Berlin bis 2030 anstatt erst 2045 zu einer klimaneutralen
4 Stadt gestalten zu wollen. Allerdings haben bereits Politiker vermehrter
5 Parteien -inklusive B90/Die Grünen Berlin- sich öffentlich dagegen geäußert mit
6 dem Argument, es sei unrealistisch und nicht machbar, Berlin alleine 15 Jahre
7 vor dem Bundesziel von Klimaneutralität 2045 zu einer emissionsfreien Stadt
8 umzubauen.

9 Wir als Grüne Jugend positionieren uns hiermit fest dazu entgegen; ein
10 Klimaneutrales Berlin 2030 ist möglich sowie technisch machbar, scheitert
11 allerdings am mangelnden politischen Willen von Parteien, die weiter auf den
12 Ausbau von klimaschädlicher Autoinfrastruktur wie die A100 setzen oder die
13 meinen, Klimaschutz und Umweltfreundlichkeit seien gesellschaftlich zu teuer und
14 mit sozialer Gerechtigkeit unvereinbar. Eine klimaneutrale Stadt ist aber in
15 Wirklichkeit auch eine sozial gerechtere Stadt, in der Energiepreise durch eine
16 breitere Verfügbarkeit erneuerbarer Energien als Alternative zu teuren Gas
17 billiger sein würden und ein ausgeweitetes, effizienteres ÖPNV vielen
18 Berlinerrinnen und Berliner die Möglichkeit geben würde, vom teuren Auto in ein
19 deutlich billigeres Angebot wie das 29€ umzusteigen.

20 Es muss sich vieles, sehr schnell verändern, das ist wahr. Es braucht eine
21 Energiewende, eine Verkehrswende, sowie eine Wärmewende, die allesamt durch
22 einen stadtweiten Ausbau von Energieinfrastruktur, Schienennetze, Fahrradwege
23 sowie Gebäudesanierung herbeigeführt werden müssen. Allerdings ist die Stärke
24 solcher Wandel eben, dass sie sich bei den Größenordnungen massiv beschleunigen

25 und billiger werden können. Eine gestiegene Anfrage nach Solarzellen hat
26 beispielweise bereits deren Preise in den letzten Jahren aufgrund der
27 Massenproduktion und Optimierung von Lieferketten um ein vielfaches
28 preisgünstiger gemacht. Die Beschaffung und Installation von Wärmepumpen ist
29 auch in den vergangenen Jahren preislich deutlich kompetitiver geworden und
30 sollte durch das Ende der Subventionen für Gasheizungen seit 2022 sowie
31 billigeren Strompreisen nach dem Ausbau der erneuerbarer Energien noch
32 attraktiver werden.

33 Auch in der Verkehrswende sieht man das. Viele Leute meinen, beim Umstieg vom
34 Verbrenner aufs Elektroauto insbesondere von der mangelnden Ladeinfrastruktur
35 sowie von der niedrigeren Verfügbarkeit von Reparaturangeboten in ihrer Nähe
36 abgebremst zu werden. Durch einen Ausbau dieser könnten Menschen, die auf die
37 Nutzung eines PKWs angewiesen sind, sich in Zukunft leichter klimaneutral
38 fortbewegen könnten. Der Preis sowie die Produktionszeit für Elektroautos und
39 Batterien, die mit klimafreundlich erzeugten Strom zur Energiespeicherung
40 benutzt werden können, sollte mit der Zeit und durch Ausweitung, sowie
41 Wettbewerb bei ihrer Produktion weiter sinken. Tatsächlich werden trotz
42 Lieferengpässe heutzutage so viele E-Autos und Batterien hergestellt und zu
43 einem so kleinen Preis verkauft wie noch nie zuvor, wobei die Engpässe also
44 insbesondere aufgrund der massiv gestiegenen Nachfrage entstehen!

45 Die Einführung des 9€ Tickets letzten Sommer sowie des 29€ Tickets als
46 Fortsetzung davon in Berlin und die dadurch herbeigeführte breitere Nutzung vom
47 ÖPNV, zeigte auch dass die Nachfrage für mehr Alternativen zum Auto auch
48 vorliegt. Ebenso liegt das Potential dafür, durch Ausweitung der
49 Fahrradinfrastruktur und Fußgängerzonen die Stadt nicht nur Menschen- anstatt
50 Autofreundlicher zu gestalten, sondern auch durch Reduktion der Emissionen und
51 mehr Grün- sowie Wohnflächen anstatt von wärmeaufnehmenden Asphalt
52 gesundheitsfreundlicher zu machen. Denn wärmere Sommer kommen leider weiterhin
53 auf uns zu und die Temperaturen werden insbesondere in der Innenstadt bei
54 mangelnden Grünflächen und breite Autostraßen deutlich öfter und mehr die von
55 Menschen tolerierbaren Temperaturen übertreffen!

56 Dass diese Änderungen nicht schneller vorangekommen sind liegt also insbesondere
57 an den mangelhaften Handeln der Politik, die nicht nur solche Veränderungen
58 immer noch zu wenig fordert, sondern auch weiterhin auf die Subventionen und den
59 Ausbau klimaschädlicher Infrastruktur und Projekten besteht. Die Möglichkeiten
60 und die technische Machbarkeit sind vorhanden, es fehlt allerdings immer noch zu
61 viel an politischen Willen und Entscheidungsfestigkeit.

62 Deshalb sagen wir als Grüne Jugend Berlins: Berlin Klimaneutral 2030 ist
63 möglich! Die Politik muss sich entschieden für die Umsetzung des Pariser

64 Klimaabkommens und den Ergebnis eines evtl. erfolgreichen Volksentscheids
65 "Berlin Klimaneutral 2030" einsetzen. Denn nur so sorgen wir für ein
66 zukunftsfähiges, sozial gerechtes und umweltverträgliches Berlin.

Begründung

Mit diesem Antrag möchte ich, dass wir uns als Grüne Jugend Berlin nochmals explizit dazu positionieren, dass Berlin 2030 klimaneutral zu machen nicht nur möglich ist, sondern auch nur aufgrund mangelhaften politischen Willens erschwert wird. Diesen fehlenden Willen seitens der Politik sieht man bereits am Gegenwind, der als Antwort vieler Politiker zum VE "Berlin Klimaneutral 2030" geweht wurde, und ich denke es wäre gut wenn wir als Grüne Jugend, insbesondere als Jugendorganisation der Partei die sich am meisten für Klimaschutz einsetzen müsste, nochmals betonen dass es machbar ist und wir somit geschlossen dahinter stehen, Berlin bis 2030 klimaneutral gestalten zu können.

A16NEU

Antrag

Initiator*innen: Daniel Eliasson (KV SteZe)

Titel: **Genug ist genug – keine Bündnisarbeit mit Antisemit*innen!**

Antragstext

1 Als Grüne Jugend Berlin ist eine Positionierung gegen jeden Antisemitismus klare
2 Beschlusslage und außerdem schon lange Teil unserer progressiven DNA. Gegen
3 jeden Antisemitismus zu sein heißt auch, all Erscheinungsformen von
4 Antisemitismus gleichermaßen abzulehnen und zu bekämpfen: ob sekundär,
5 israelbezogen, verschwörungstheoretisch oder sonstwie: Antisemitismus bleibt
6 Antisemitismus.

7 Diese Haltung verpflichtet uns als Grüne Jugend Berlin dazu, auch innerhalb
8 unserer Bündnisse Antisemit*innen mit aller Kraft auszugrenzen und keine
9 Bündnisarbeit mit antisemitischen Gruppierungen vorzunehmen – denn kein Bündnis
10 mit Antisemit*innen ist jemals progressiv!

11
12 Auch bei "Genug ist Genug" dürfen antisemitische Gruppierungen wie "Klasse gegen
13 Klasse" keine Rolle spielen – dort wo sie auftreten, muss die Grüne Jugend
14 dagegenhalten und hervorheben, dass "linke Mehrheiten" mit Antisemit*innen
15 niemals erstrebenswert sind. Mit "Klasse gegen Klasse" und Organisationen wie
16 "Revolutionärer Bruch", DIDF-Jugend und SDAJ schließen wir als Grüne Jugend
17 Berlin jegliche Kooperation aus. Wir setzen uns in Bündnissen dafür ein,
18 antisemitische Organisationen und ihre Anhänger*innen, wenn sie sich als solche
19 zu erkennen geben, nicht zu tolerieren.

Begründung

Es ist inakzeptabel, dass Gruppierungen, die Antisemitismus verbreiten oder tolerieren, heute

Bündnispartner*innen der Grünen Jugend Berlin sind. Eine solche Haltung hat das Potential, das politische Anliegen und die Integrität der Grünen Jugend Berlin schwer zu beschädigen. Daher fordern wir eine konsequente Haltung gegen Antisemitismus und die Untersagung jeglicher Bündnisarbeit mit antisemitischen Gruppierungen. Dort, wo die GJ aktiv ist, muss es auch einen safe space für GJ-Mitglieder geben. Wenn Jüdinnen*Juden sich bei G!G aufgrund antisemitischer Teilnehmer*inne nicht sicher fühlen, ist das für uns ein Zeichen: Es muss sich etwas ändern oder die Grüne Jugend muss da raus!

Antrag

Initiator*innen: Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: Neue Fiskalpolitische Regeln

Antragstext

1 Neue Fiskalpolitische Regeln Das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich
2 verteilt (Vermögens Gini 81,6) Mittlerweile ist die Vermögensungleichheit in
3 Deutschland sogar ausgeprägter als in den VAE oder in Südafrika. Das ist nicht
4 nur langfristig eine Gefahr für die Demokratie, weil Geld sich in politischen
5 Einfluss ausdrückt, sondern auch weil gerade in Zeiten von Reallohnverlusten
6 dies auch eine große wirtschaftliche Ungerechtigkeit bedeutet, die direkt die
7 Grundbedürfnisse vieler Menschen berührt. So gibt 60% der Bevölkerung an nicht
8 weiter sparen können und 10% der Menschen hat aktuell einen Dispokredit.Und es
9 wird nicht besser. In den Jahren 2020 und 2021 fielen 81% Prozent des
10 Vermögenszuwachs auf das oberste 1%, während parallel jedes fünfte Kind, und
11 jeder vierte Erwachsene von Armut bedroht waren.Wahl in der Badewanne(ABB 1)Die
12 obere Grafik beschreibt die prozentuale Belastung durch direkte und indirekte
13 Steuer je nach Haushaltseinkommen. Diese Grafik zeichnet nicht das Bild, das
14 starke Schultern mehr tragen, obwohl dies die Basis eines sozialen Staates sein
15 sollte. Daraus ergeben sich gleich mehrere, aus progressiver
16 verteilungspolitischer Sicht sinnvolle Forderungen:

- Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel streichen

18 Diese Steuer belastet kleinere Einkommen überproportional, da diese relativ zu
19 ihrem Gesamteinkommen mehr für Lebensmittel ausgeben.

20 Da Fleisch und andere Umweltschädliche Produkte, auch Vergünstigungen erfahren
21 würden, muss hier mit einer deutlichen CO2-Steuer entgegengewirkt werden.Die
22 Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU erlaubt seit Frühjahr letzten Jahres die
23 Umsetzung dieser populären Forderung.Spanien hat seit Anfang des Jahres, die

24 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel für ein halbes Jahr, als
25 Entlastungsmaßnahme, abgeschafft. Nun soll auch Deutschland, die finanziell
26 Schwächsten, dauerhaft entlasten.

- 27 • Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen

- 28 • Wer Spitzenverdiener ist, zahlt in Deutschland für jeden Euro der über
29 dieser Bemessungsgrenze liegt weder, Arbeitslosenversicherung, noch
30 weitere Beträge in die Rentenkasse oder für die gesetzliche
31 Krankenversicherung. Das ist unsolidarisch und sollte kein Teil unseres
32 Steuersystems sein!

- 33 • Abschaffung des Ehegatten-Splitting

- 34 • Da aktuell Frauen in Deutschland, insgesamt 18% weniger als Männer
35 verdienen, und das niedrigere Einkommen durch das Ehegattensplitting höher
36 besteuert wird, ist dies ein systemischer Anreiz für Frauen, weniger, wenn
37 überhaupt, zu arbeiten. Das erhöht die wirtschaftliche Abhängigkeit der
38 Frau. Somit stärkt diese Regelung konkret das Patriarchat. Darüber hinaus
39 sollte die gesellschaftliche Debatte geführt werden, ob
40 Lebensgemeinschaften steuerrechtliche Privilegien erhalten sollten.

- 41 • Einkünfte aus Kapitalvermögen mit Einkommenssteuersatz besteuern

- 42 • Während der Reichensteuersatz bei 48% liegt, und somit Einkommen aus
43 Erwerbsarbeit diesem Steuersatz unterliegen, werden Kapitalerträge fix mit
44 25% besteuert. Das ist ungerechtfertigt und steigert die gesellschaftliche
45 Ungleichheit und gehört daher an den Einkommensteuersatz angepasst

- 46 ◦ Gewerkschaften stärken

47
48 Durch den mit der Agenda 2010 geschaffenen Niedriglohnsektor, und andere
49 rechtliche Schritte, wurden Gewerkschaften entschieden geschwächt. Die
50 Tarifbindung ist mit 50% auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte der
51 Bundesrepublik. Gerade deswegen sind mehr Gewerkschaftsmitglieder
52 notwendig. Bindet man Arbeitslosenversicherungen an Gewerkschaften, steigt
53 der Organisationsgrad, dies gilt es umzusetzen

54
55 Geldadel Seid dem Wirtschaftswunder in den 50er und 60er Jahren in

56 Deutschland steigt die Quote an vererbten Vermögen, davon profitieren
57 aktuell insbesondere Männer in Westdeutschland. Diese Entwicklung lässt die
58 Analyse zu, dass Deutschland sich zu einer Geldfeudalgesellschaft
59 entwickelt. Diese fortschreitende Ungerechtigkeit muss gestoppt werden,
60 klar ist, dass dies nur über vermögensbetreffende Steuern geht. In
61 Deutschland werden zwar jährlich 400 Milliarden Euro vererbt, doch das
62 Hauptproblem sind massive Steuerschlupflöcher. Das Ergebnis ist, dass der
63 effektive Steuersatz bei Erbschaften unter 20 Millionen Euro bei 9% liegt
64 und der Steuersatz für Erbschaften über 20 Millionen Euro nur bei
65 lächerlichen 2,8%. Diese „Gestaltungsmöglichkeiten“ sind noch legal und
gehören dringend neuregelt. Einige wichtige Ansätze hierfür sind:

- 66 • bei Betrieben wird der Staat stiller Teilhaber. Das Unternehmen bekommt
67 die Möglichkeit über die kommenden Jahre, die Anteile zurückzukaufen
- 68 • Ist das vererbte Vermögen illiquide, müssen Wege gefunden werden, sollte
69 der Erbe nicht die Steuer bezahlen können, diese mit dem Erbe zu
70 begleichen. Häufig entfiel die Steuer in solchen Fällen bis jetzt!
- 71 • Dies würde zu einer weniger extremen Vermögensverteilung führen, ein
72 wichtiger Ansatz um Gerechtigkeitsempfinden und die Demokratie zu stärken,
73 und langfristig sozialen Unruhen und ein Erhöhen der politischen
74 Deprivation vorzubeugen.

75
76
77 Ich will Immos, ich will Dollars, ich will 100 Milliarden für... Die
78 aktuelle Schuldenbremse schränkt die Handlungsfähigkeit des deutschen
79 Staates massiv ein. Was bleibt, ist ein maroder Staat mit
80 heruntergewirtschafteter Infrastruktur, aber niedrigerem Schuldenstand. Und
81 das obwohl es keinen einzigen Hinweis darauf gibt, dass es einen realen
82 Zusammenhang zwischen Schuldenquote und Inflation gibt. Die Schuldenbremse
83 gehört abgeschafft!

84
85 Da wir unter einem gelben Finanzminister, und seinen Ideologien vorerst
86 nicht an den Punkt gelangen werden, sollten wir uns auf folgendes
87 konzentrieren:

- 88 • Schuldenbremse für das diesjährige Jahr aussetzen. Dies ist infolge des
89 Angriffskrieges gegen die Ukraine weiterhin zu rechtfertigen. Zudem würde
90 dies auch für die Länder die Investitionsbremsklötze lockern

- 91
- Firmen in staatlicher Hand gründen, die in die Erzeugung erneuerbarer Energien und Wohnungsbau investieren. Das würde nicht nur die Spannung aus den Märkten nehmen, sondern ist auch im Rahmen der Schuldenbremse, als Finanztransaktion möglich
- 92
- 93
- 94
- 95
- Altlastenbefreiung für Kommunen. Diese sind mit 60% an öffentlichen Infrastrukturkosten beteiligt. Gerade Kommunen unterliegen der besonders strengen Kommunalschuldenbremse. Wollen wir Fortschritt, muss diese Regel fallen
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- Langfristig setzen wir uns für eine Schuldenregel ein, welche
- 104
- Zukunftsinvestitionen zulässt, jedoch von starren Schuldenregeln,
- 105
- auch auf EU-Ebene, ablässt.

Begründung

Neue Fiskalpolitische Regeln

Das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich verteilt (Vermögens Gini 81,6) Mittlerweile ist die Vermögensungleichheit in Deutschland sogar ausgeprägter als in den VAE oder in Südafrika. Das ist nicht nur langfristig eine Gefahr für die Demokratie, weil Geld sich in politischen Einfluss ausdrückt, sondern auch weil gerade in Zeiten von Reallohnverlusten dies auch eine große wirtschaftliche Ungerechtigkeit bedeutet, die direkt die Grundbedürfnisse vieler Menschen berührt. So gibt 60% der Bevölkerung an nicht weiter sparen können und 10% der Menschen hat aktuell einen Dispokredit.

Und es wird nicht besser. In den Jahren 2020 und 2021 fielen 81% Prozent des Vermögenszuwachs auf das oberste 1%, während parallel jedes fünfte Kind, und jeder vierte Erwachsene von Armut bedroht waren.

Wahl in der Badewanne

Bild: https://www.diw.de/sixcms/media.php/37/Grafik_Kolumne_MFratzscher.png

Die obere Grafik beschreibt die prozentuale Belastung durch direkte und indirekte Steuer je nach Haushaltseinkommen. Diese Grafik zeichnet nicht das Bild, das starke Schultern mehr tragen, obwohl dies die Basis eines sozialen Staates sein sollte. Daraus ergeben sich gleich mehrere, aus progressiver verteilungspolitischer Sicht sinnvolle Forderungen:

- Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel streichen

Diese Steuer belastet kleinere Einkommen überproportional, da diese relativ zu ihrem Gesamteinkommen mehr für Lebensmittel ausgeben.

Die Mehrwertsteuersystemrichtlinie der EU erlaubt seit Frühjahr letzten Jahres

die Umsetzung dieser populären Forderung.

Spanien hat seit Anfang des Jahres, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel für ein halbes Jahr, als Entlastungsmaßnahme, abgeschafft.

Nun soll auch Deutschland, die finanziell Schwächsten, dauerhaft entlasten.

- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen

Wer Spitzenverdiener ist, zahlt in Deutschland für jeden Euro der über dieser Bemessungsgrenze liegt weder, Arbeitslosenversicherung, noch weitere Beträge in die Rentenkasse oder für die gesetzliche Krankenversicherung. Das ist unsolidarisch und sollte kein Teil unseres Steuersystems sein!

- Abschaffung des Ehegatten-Splitting

Da aktuell Frauen in Deutschland, insgesamt 18% weniger als Männer verdienen, und das niedrigere Einkommen durch das Ehegattensplitting höher besteuert wird, ist dies ein systemischer Anreiz für Frauen, weniger, wenn überhaupt, zu arbeiten. Das erhöht die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau. Somit stärkt diese Regelung konkret das Patriarchat. Darüber hinaus sollte die gesellschaftliche Debatte geführt werden, ob Lebensgemeinschaften steuerrechtliche Privilegien erhalten sollten.

- Einkünfte aus Kapitalvermögen gerecht besteuern

Während der Reichensteuersatz bei 48% liegt, und somit Einkommen aus Erwerbsarbeit diesem Steuersatz unterliegen, werden Kapitalerträge fix mit 25% besteuert. Das ist ungerechtfertigt und steigert die gesellschaftliche Ungleichheit und gehört daher an den Einkommensteuersatz angepasst

- Gewerkschaften stärken

Durch den mit der Agenda 2010 geschaffenen Niedriglohnsektor, und andere rechtliche Schritte, wurden Gewerkschaften entschieden geschwächt. Die Tarifbindung ist mit 50% auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik.

Gerade deswegen sind mehr Gewerkschaftsmitglieder notwendig. Bindet man Arbeitslosenversicherungen an Gewerkschaften, steigt der Organisationsgrad, dies gilt es umzusetzen

Geldadel

Seid dem Wirtschaftswunder in den 50er und 60er Jahren in Deutschland steigt die Quote an vererbten Vermögen, davon profitieren aktuell insbesondere Männer in Westdeutschland.

Diese Entwicklung lässt die Analyse zu, das Deutschland sich zu einer Geldfeudalgesellschaft entwickelt. Diese fortschreitende Ungerechtigkeit muss gestoppt werden, klar ist, das dies nur über vermögensbetreffende Steuern geht.

In Deutschland werden zwar jährlich 400Milliarden Euro vererbt, doch das Hauptproblem sind massive Steuerschlupflöcher.

Das Ergebnis ist, dass der effektive Steuersatz bei Erbschaften unter 20 Millionen Euro bei 9% liegt und der Steuersatz für Erbschaften über 20 Millionen Euro nur bei lächerlichen 2,8%.

Diese „Gestaltungsmöglichkeiten“ sind noch legal und gehören dringend neugeregelt. Einige wichtige Ansätze hierfür sind:

- bei Betrieben wird der Staat stiller Teilhaber. Das Unternehmen bekommt die Möglichkeit über die kommenden Jahre, die Anteile zurückzukaufen
- Ist das vererbte Vermögen illiquide, müssen Wege gefunden werden, sollte der Erbe nicht die Steuer bezahlen können, diese mit dem Erbe zu begleichen. Häufig entfiel die Steuer in solchen Fällen bis jetzt!

Dies würde zu einer weniger extremen Vermögensverteilung führen, ein wichtiger Ansatz um Gerechtigkeitsempfinden und die Demokratie zu stärken, und langfristig sozialen Unruhen und ein erhöhen der politische Deprivation vorzubeugen.

A18

Antrag

Initiator*innen: Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Brandenburg)

Titel: Kulturelle Überfremdung stoppen

Antragstext

1 Bayern soll nicht länger ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland sein.

Begründung

Kulturelle Überfremdung stoppen

Filzhüte, Dirndlmädchen und alimentierte Biermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.

~Walice Eidel

Hedonismus ohne Anstand, Exzesse ohne Maß (dafür mit Maß und Maaßen) und wiederkehrende Objektifizierung von Frauen:, Bayern, aber insbesondere die Wiesen, sind kein Teil der deutschen Kultur!.

Ich möchte im Ausland genauso wenig auf das Oktoberfest, Bier und Lederhosen angesprochen werden, wie ich für Schnitzel, Hitler und Autobahnen gelobt werden möchte.

Und auch wirtschaftlich ist das Land deutlich unterentwickelt!erade einmal 22,8% des Bundesdurchschnitts an kw/km2 an Zukunftstechnologien, dafür viele Abhängigkeiten in der Stromversorgung,

Dafür hat das Land eine beachtliche Menge an Brauereien, ob das Auswirkungen auf Wahlentscheidungen hat?

Markus Söder

Selbstverliebt, arrogant, dämliche Essenphotos und nicht mehr als heiße Luft. Allein der Typ ist ein guter Grund Bayern zu canceln.

Bayern im Bund

16 Jahre Verkehrsministerium in CSU Hand, hat das Land in den Abgrund geführt, doch nicht nur das, es wurden auch systematisch mehr Gelder nach Bayern geleitet, als ihnen nach dem Königssteiner Schlüssel überhaupt zugestanden hätten, mehr als ? der gesamten Investitionen Deutschlands in den Fernstraßenausbau, gingen unter Scheuer dort hin.

Genug von Leberkas und Brezeln

Zudem kommt das starke Verlangen Bayerns sich gegen den Rest des Landes abzuschotten, eine Mauer und Grenzkontrollen würden der von Bayern ausgehenden kulturellen Überfremdung Einhalt gebieten. Kommen wir Bayern und der Bayerpartei entgegen und befreien wir sie aus den Zwängen des deutschen Förderalismus, dem Länderfinanzausgleich und einer höheren Institution als dem Landtag.

Raus mit Bayern aus Deutschland.*

Für das verlorene Staatsgebiet und Einwohner nehmen wir gerne einen Ausgleich.

Spanien wie siehts mit Malle aus?

*Für die zwischen 1803 und 1810 von Bayern im Zuge seiner Beteiligung an Angriffskriegen annektierten Gebiete (insbesondere Franken und Schwaben) sollen Sonderregelungen geschaffen werden. Wenn von einer Mehrheit der Bevölkerung gewünscht sollen sie als neues sechzehntes Bundesland bei der Bundesrepublik Deutschland verbleiben können. Der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft durch ehemalige Mitglieder der bayerischen Staatsregierung bleibt hiervon unberührt.

Auch vergangene territoriale Zugewinne durch Angriffskriegen dürfen nicht geduldet werden!

Antrag

Initiator*innen: Tjado Stemmermann, Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: Antragskommission erproben

Antragstext

1 Der Landesvorstand wird gebeten eine Antragskommission für die GJ Berlin
2 testweise einzuführen.

3 Dafür werden auf der kommenden LMV vier Menschen (natürlich quotiert) gewählt.
4 Die Antragskommission wird zunächst für zwei Landesmitgliederversammlungen
5 eingesetzt. Danach soll die Arbeit evaluiert und insbesondere über die
6 Verstetigung einer Antragskommission in den Strukturen der GJ Berlin entschieden
7 werden.

8 Die Aufgabe der Antragskommission besteht aus der Umsetzung und Moderation der
9 Antragsdiskussionen im Kontext der Landesmitgliederversammlungen. Dabei soll
10 auch erprobt werden, ob eine Antragskommission die Antragsarbeit
11 niedrighschwelliger und für mehr Menschen zugänglicher machen kann. Zur
12 technischen Umsetzung des Verfahrens kann die Antragskommission auch auf
13 personelle Ressourcen des Landesverbands zurückgreifen.

Begründung

Mit einer Antragskommission gestalten wir das Verfahren rund um die Antragsdiskussionen transparenter und gewährleisten auch hier eine Quotierung. Außerdem wird der Landesvorstand entlastet und muss keine Doppelrolle als Vermittler und Interessensvertretung einnehmen. Das Gremium ist bei den Grünen bereits etabliert und soll mit diesem Antrag auch in unseren Strukturen erprobt werden.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin (dort beschlossen am: 12.03.2023)

Titel: **D2: Zukunft und Zusammenhalt statt Benzin und Beton**

Antragstext

1 **KÄMPFEN FÜR EINE SOZIALGERECHTE POLITIK:**

2 Aus der Wiederholungswahl 2023 ging die CDU in Berlin als Wahlsiegerin heraus.
3 Nach umfänglichen Sondierungsgesprächen und trotz starker Aussichten für ein
4 linkes Bündnis hat sich die SPD für Koalitionsverhandlungen mit der CDU
5 entschieden. Die SPD entscheidet sich damit für Rückschritt und Machtbestreben,
6 anstatt auf die Mehrheit der Berliner*innen zu hören. Denn Rot-Grün-Rot hatte
7 auch bei dieser Wahl eine Mehrheit.

8 Als GRÜNE JUGEND Berlin geht es uns um die Menschen - Wir wollen die Bedürfnisse
9 der Berliner*innen in den Blick nehmen. Berlin braucht ein sozialgerechte
10 Politik, Berlin hat eine sozialgerechte Politik verdient!

11 **SCHWARZ-GRÜN IST KEINE OPTION:**

12 Aus diesem Grund werden wir, sollten die Koalitionsverhandlungen zwischen der
13 CDU und der SPD scheitern, uns entschieden gegen Schwarz-Grün stellen. Wir
14 werden uns innerhalb der Partei auf Grundlage unserer inhaltlichen Überzeugungen
15 gegen eine Regierung mit CDU-Beteiligung engagieren. Wir werden uns auch
16 öffentlich gegen Schwarz-Grüne Koalitionsverhandlungen äußern. Wir werden an
17 keinen Koalitionsverhandlungen mit der CDU teilnehmen oder diese sonst irgendwie
18 mittragen oder unterstützen. Wir werden uns entschieden für eine Fortsetzung der
19 Regierung mit SPD und Linken stark machen, gemeinsam mit Organisationen, die
20 diese Ziele teilen.

22 DIE ZUKUNFT BERLINS - NICHT OHNE UNS!

23 Wenn die SPD sich jetzt für eine Rückschrittskoalition entscheidet, werden wir
Seite an Seite mit der Zivilgesellschaft für Fortschritt sorgen!

24 Gute Politik bedeutet zuhören. Gute Politik bedeutet, die Probleme der Menschen
25 zu erkennen und zu lösen. Im Wahlkampf standen wir 3 Monate lang auf den
26 Berliner Straßen. Wir haben mit den Menschen über ihre Wünsche für Berlin
27 gesprochen: Bezahlbare Mieten, intakte Schulgebäude, Wahlalter 16. Die Menschen
28 sehnen sich nach einer sozialgerechten Politik. In unserer Kampagne haben wir
29 Soziale Gerechtigkeit, verbindliche Jugendförderung und faire Bildungspolitik
30 nach vorne gestellt. Mit einer Koalition auf CDU und SPD müssen wir befürchten,
31 dass gerade die Bedürfnisse von, jungen, nicht-männlichen, migrantisierten
32 Menschen und Personen mit wenig Einkommen hintenrunterfallen. Doch nicht mit
33 uns!

34 DIE ZUKUNFT BERLINS - gewerkschaftlich. gemeinsam. solidarisch.

35 Eine Regierung mit CDU-Beteiligung ist der Auftrag für die Opposition. Es ist
36 der Auftrag für die Zivilgesellschaft, jedes rassistische und jedes
37 klassistische Handeln der Regierung zu kritisieren. Diesen Auftrag nehmen wir
38 an. Gemeinsam mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen
39 wollen wir streiken, Kampagnen fahren und als starkes Bündnis die
40 Regierungsarbeit nach links rücken. Wir wollen dafür kämpfen, dass der
41 Volksentscheid Deutsche Wohnen Co enteignen umgesetzt wird. Und gemeinsam mit
42 Klimaneustart werden wir Berlin schon 2030 klimaneutral machen.

43 Unser Verband ist bereit, die Stadt wartet drauf. Lasst uns die nächsten drei
44 Jahre für progressive Politik und gegen eine konservative Regierung laut sein.